

Mario Holzner (wiiw)

Mäßiger Aufschwung im Osten – Neue Unsicherheiten durch geplanten EU-Austritt Großbritanniens

Mäßiger Aufschwung im Osten – Neue Unsicherheiten durch geplanten EU-Austritt Großbritanniens

Für die Wirtschaft der mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder (MOSOEL) ist das internationale Umfeld insbesondere von der trägen Erholung im Euro-Raum gekennzeichnet. Mittelfristig wird das Trendwachstum des BIP in den MOSOEL bis zu 3% betragen. Bestimmt wird es vor allem in den ostmitteleuropäischen EU-Ländern durch den Konsum der privaten Haushalte. In den Ländern des Westbalkans tragen auch Investitionen und Nettoexporte erheblich zur Expansion bei. In der GUS und der Ukraine scheint die Konjunktur die Talsohle erreicht zu haben. Nach einer Phase der Stagnation kann auch dort ein leichtes Wachstum erwartet werden. Die österreichische Wirtschaft profitiert nach wie vor von ihrer wirtschaftlichen Verflechtung mit den MOSOEL. Direkte Auswirkungen des geplanten EU-Austrittes von Großbritannien auf die Region sind begrenzt; die indirekten Effekte auf die gesamte europäische Wirtschaft könnten beträchtlich sein.

Modest Recovery in the East – Envisaged EU Leave of UK Poses New Uncertainties

The international environment for Central, East and Southeast Europe (CESEE) is affected by the weak recovery in the euro area. Over the medium term, we expect a GDP trend growth rate of up to 3 percent for CESEE. Household consumption will be an important component of economic growth, especially for the EU members in Central and Eastern Europe. In the countries of the Western Balkans investment and net exports will be important growth drivers. In the Commonwealth of Independent States and in Ukraine the economic downturn has bottomed out and, after a period of stagnation, slow growth may be expected there as well. The Austrian economy is still benefiting from its economic ties with CESEE. Direct effects of the envisaged EU leave of the UK on the region will be limited – indirect effects for the European economy as a whole may be considerable.

Kontakt:

Mario Holzner: wiiw, 1060 Wien, Rahlgasse 3, holzner@wiiw.ac.at

JEL-Codes: E20, E62, G01, O52, O57, P24, P27, P33, P52 • **Keywords:** Makroökonomische Analyse, Fiskalpolitik, Internationaler Handel, Wettbewerbsfähigkeit, Konsum, Investitionen, Internationale Finanzkrise

Der vorliegende Bericht wurde vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) erstellt. Die hier publizierten Analysen und Schlussfolgerungen geben die Meinung des Autors wieder, die sich nicht mit der WIFO-Meinung decken muss.

Begutachtung: Christian Glocker (WIFO), Hermine Vidovic, Vasily Astrov, Peter Havlik, Sándor Richter, Robert Stehrer (wiiw) •

Wissenschaftliche Assistenz: Alexandra Bykova, Philipp Heimberger, Simona Jokubauskaite, Beate Muck, Renate Prasch (wiiw)

1. Internationales Umfeld: Träge Erholung im Euro-Raum

Die Wirtschaft erholt sich im Euro-Raum langsamer als Anfang des Jahres angenommen. Die Europäische Kommission erwartet in ihrer Frühjahrsprognose für den Euro-Raum in den kommenden Jahren mit rund +1,7% ein ähnliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes wie 2015. Die Dynamik der letzten Jahre hat aus mehreren Gründen an Schwung verloren: So verlangsamte sich der Verfall der Rohölpreise nicht nur, sondern kehrte sich seit dem Frühjahr sogar um, im Durchschnitt des 1. Halbjahres 2016 stieg die Notierung von rund 30 \$ je Barrel (Brent) auf etwa 50 \$. Weiters wertete der Euro nach zwei Jahren des Nachgebens gegenüber dem Dollar von Anfang Jänner bis Anfang Juni 2016 um fast 6% auf, sodass Exporte aus dem Euro-Raum teurer wurden. Die durch die Versorgung der Asylsuchenden zusätzlich angefallenen Ausgaben der öffentlichen Haushalte werden die westeuropäische Wirtschaft in geringerem Maße unterstützen; gegenüber dem Höchstwert von über 170.000 im Oktober 2015 hat sich der monatliche Zustrom an Asylsuchenden in die EU bis April 2016 mehr als halbiert.

Gestützt wird die Konjunktur im Euro-Raum durch die anhaltend lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Mitte März 2016 wurden die Zinssätze neuerlich gesenkt, der Leitzinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt nun 0%. Im Juni

setzte die EZB mit neuen Ankäufen im Rahmen eines Programms zum Erwerb von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP) und gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTRO) mit Kreditinstituten mehrere unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen. Obwohl seit Ausbruch der weltweiten Finanzmarktkrise die weitgefaste Geldmenge M3 im Euro-Raum um fast ein Drittel ausgeweitet wurde, wurde die Wirtschaft dadurch nicht nachhaltig angekurbelt; die Inflationsrate blieb zuletzt im Durchschnitt des Euro-Raumes mit $-0,1\%$ weit unter dem Inflationsziel von 2% .

Die Ökonomie bestätigt die Bedeutung einer stärkeren Ausweitung öffentlicher Investitionen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. So forderte auch die OECD Anfang 2016 kollektive Maßnahmen, um die Nachfrage zu stärken, da eine expansive Geldpolitik allein dazu nicht ausreicht. Kürzlich betonten führende Ökonomen des IWF¹⁾ das Konjunkturrisiko einer Reduzierung des Staates durch selbst auferlegte Haushaltskonsolidierung wie etwa im Rahmen der Europäischen Verträge.

2. EU-Länder in Ostmitteleuropa: Auszahlungslücke bei EU-Transfers

Angesichts der aktuellen Wachstumsschwäche wären insbesondere in den EU-Ländern Ostmitteleuropas verstärkt öffentliche Investitionen willkommen. 2015 war das letzte Auszahlungsjahr des mehrjährigen Finanzrahmens der EU für die Periode 2007/2013; zugleich sind Projekte, die in der Periode 2014/2020 kofinanziert werden, noch in der Anlaufzeit. 2016 und vermutlich auch in den kommenden Jahren ergibt sich somit für die EU-Transfers an die EU-Länder in Ostmitteleuropa eine Auszahlungslücke, die sich in einem Mangel an Investitionen äußert. So blieben die Bruttoanlageinvestitionen im I. Quartal 2016 saison- und kalenderbereinigt um über 6% unter dem Vorjahresergebnis; das war der stärkste Rückgang innerhalb der EU. Nur Rumänien (rund $+10\%$) und Kroatien (rund $+4\%$) wiesen ein nennenswertes Investitionswachstum auf (für Kroatien wurde aufgrund des EU-Beitrittes im Juli 2013 die Auszahlungsperiode des mittelfristigen Finanzrahmens um das Jahr 2016 erweitert).

Rumäniens Wirtschaft wuchs im I. Quartal 2016 mit über $+4\%$ am stärksten unter den ostmitteleuropäischen EU-Ländern; getragen war die Expansion vom privaten Konsum nach der Herabsetzung des Umsatzsteuersatzes um 4 Prozentpunkte sowie einer Erhöhung der Löhne im öffentlichen Dienst und einer Anhebung des Mindestlohnes um 19% . Insgesamt verzeichneten die EU-Länder in Ostmitteleuropa im I. Quartal mit rund $+2,5\%$ mit die höchsten Wachstumsraten in der EU. Nur Ungarn blieb mit $0,4\%$ zurück (vorletzter Rang vor Griechenland mit $-1,4\%$); hier wurde der Konsum nicht stark genug ausgeweitet, um den Investitionseinbruch abzufangen. Im Durchschnitt der ostmitteleuropäischen EU-Länder nahm aber das BIP im I. Quartal 2016 ähnlich zu wie im I. Quartal 2015 – damals gestützt durch die EU-kofinanzierten Investitionen, heute durch die Inlandsnachfrage.

2.1 Viele Abwärtsrisiken, vor allem fehlende EU-Politikkoordination, EU-Austritt von Großbritannien

Insgesamt scheint sich also in der EU der mäßige Aufschwung des Vorjahres 2016 fortzusetzen. Abwärtsrisiken liegen insbesondere in der Wachstumsabschwächung und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Neuausrichtung in China. Trotz einer gewissen Stabilisierung gehen auch von den internationalen Finanz- und Rohstoffmärkten noch große Unsicherheiten aus. Die geopolitischen Spannungen in Nahost bilden ebenfalls ein Risiko. Auch die Ungewissheit über die Folgen der Abstimmung über den Verbleib Großbritanniens in der EU ist beträchtlich. Belastet wird der Aufschwung aber vor allem durch die anhaltende Uneinigkeit der europäischen Nationalstaaten auf der Ebene der EU und der Eurogruppe über Lösungen insbesondere zur Koordination expansiver Fiskalpolitik, die geeignet wären, das Vertrauen der Wirtschaftsakteure nachhaltig zu stärken. Zu den wenigen Aufwärtsrisiken gehören mög-

¹⁾ Ostry, J. D., Loungani, P., Furceri, D., "Neoliberalism: Oversold?", Finance & Development, 2016, 53(2), S. 38-41.

liche expansive Effekte des Rohstoffpreisverfalls und der unterstützenden Geldpolitik der EZB.

Bereits die Tatsache der Abhaltung des EU-Austrittsreferendums in Großbritannien bedeutet großen Schaden für ganz Europa. Insbesondere das Vertrauen in die kooperative Lösungskompetenz der EU ist nachhaltig beschädigt, und darüber hinaus ist mit einer Reihe ähnlicher Referenden in anderen Mitgliedsländern zu rechnen. Das Aufflammen von Nationalismus kann auch als Reaktion auf die ungenügende Bewältigung der weltweiten Finanzmarktkrise und deren soziale Folgen in der EU angesehen werden.

Abbildung 1: Wirtschaftsbeziehungen der MOSOEL mit Großbritannien



Q: wiiw-Datenbanken basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat, OeNB, BIZ. 2015 oder letztes verfügbares Jahr. XK . . . Kosovo (Resolution 1244/99 des UNO-Sicherheitsrates).

Für einige Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) könnten dazu weitere ökonomische Folgen des EU-Austrittes von Großbritannien kommen, wenn der Aufenthalt zugewanderter Personen vor allem aus Polen (790.000), Rumänien (170.000), Litauen (137.000) und Lettland (102.000; britische Statistik aus 2014), Ungarn, der Slowakei, Bulgarien und Tschechien (zusammen rund 260.000 Personen) in Frage gestellt wird. Nennenswerte Handelsbeziehungen bestehen 2015 zwischen Großbritannien und Weißrussland, der Türkei und Polen, aber auch der Slowakei, Tschechien und Lettland (Anteil der Lieferungen nach Großbritannien über 5% der Gesamtexporte; Abbildung 1). Der hohe Exportanteil in Weißrussland (11%) dürfte auf den Handel mit Erdölprodukten zurückgehen. Der Anteil britischer Direktinvestitionen (FDI) ist am höchsten in Bulgarien und der Türkei mit über 5%. Ein größeres Finanzengagement britischer Banken wie z. B. von HSBC (Hongkong & Shanghai Banking Corporation Holdings PLC) und RBS (Royal Bank of Scotland) besteht nur in der Türkei, (über 3% der konsolidierten Auslandsforderungen). Von einem EU-Austritt Großbritanniens wären demnach einige Länder der Region betroffen (z. B. Polen, Slowakei, Tschechien, Lettland), jedoch nur in geringem Ausmaß. Wegen der Dauer der Austrittsverhandlungen von zwei Jahren und weiterer Übergangsfristen sind die zu erwartenden Konjunkturreffekte derzeit unklar.

Übersicht 1: Prognose für 2016 bis 2018

	Bruttoinlandsprodukt, real				Arbeitslosenquote				Leistungsbilanz			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				Jahresdurchschnitt, in %				In % des BIP			
EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾²⁾	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,2	7,8	7,2	6,9	6,7	0,7	0,3	0,0	- 0,3
Bulgarien	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,1	9,2	8,5	8,0	7,5	1,4	1,5	1,3	0,8
Tschechien	+ 4,2	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,6	5,1	5,0	4,5	4,5	0,9	1,2	1,0	0,8
Estland	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,4	6,2	6,4	6,6	6,5	1,9	0,0	- 1,5	- 2,5
Kroatien	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3	16,3	16,0	15,5	15,0	5,2	3,4	2,2	1,9
Lettland	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,3	9,9	9,8	9,4	9,0	- 1,2	- 2,0	- 2,5	- 3,0
Litauen	+ 1,6	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,4	9,1	8,5	8,0	7,5	- 1,7	- 2,2	- 2,6	- 2,8
Ungarn	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,9	6,8	6,5	6,3	6,1	4,4	4,3	4,1	4,0
Polen	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,4	7,5	6,6	6,3	6,2	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,8
Rumänien	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,2	+ 3,5	6,8	6,5	6,3	6,0	- 1,1	- 2,5	- 2,5	- 3,0
Slowenien	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,8	9,0	8,5	8,0	7,5	7,3	7,0	6,0	5,0
Slowakei	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,3	11,5	10,0	9,5	9,0	- 1,3	- 1,6	- 2,0	- 2,0
Euro-Raum	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,8	.	10,9	10,3	9,9	.	3,6	3,7	3,6	.
EU 28	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	.	9,4	8,9	8,5	.	2,0	2,2	2,1	.
Westbalkanländer ¹⁾²⁾	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,9	21,4	21,0	20,7	19,8	- 6,2	- 7,5	- 7,2	- 7,2
Albanien	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,3	17,1	17,0	16,8	16,7	-11,2	-11,0	-10,0	-10,0
Bosnien und Herzegowina	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,0	27,7	27,2	26,1	25,0	- 5,6	- 8,0	- 8,0	- 7,0
Kosovo	+ 4,0	+ 3,3	+ 4,2	+ 4,0	34,0	33,0	33,0	32,0	- 9,1	-10,0	-10,0	-11,0
Mazedonien	+ 3,7	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,1	26,1	27,0	26,0	25,0	- 1,4	- 2,0	- 4,0	- 4,0
Montenegro	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,5	17,6	17,5	17,0	16,5	-13,4	-14,6	-14,6	-14,0
Serbien	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,5	17,7	17,0	17,0	16,0	- 4,8	- 6,0	- 6,0	- 6,0
Türkei	+ 4,0	+ 4,1	+ 3,7	+ 3,5	10,3	10,2	10,1	10,0	- 4,5	- 4,7	- 4,9	- 5,0
Weißrussland ³⁾	- 3,9	- 2,0	+ 0,5	+ 1,4	1,0	2,0	2,5	2,5	- 3,9	- 1,8	- 1,3	- 1,0
Kasachstan	+ 1,2	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,0	5,0	5,2	5,0	5,0	- 3,2	- 3,1	- 1,6	- 1,5
Russland ⁴⁾	- 3,7	- 0,8	+ 0,8	+ 1,8	5,6	5,3	5,3	5,3	5,2	4,8	4,2	4,9
Ukraine ⁵⁾	- 9,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,4	9,1	10,0	10,0	9,5	- 0,2	- 2,5	- 2,5	- 3,5

Q: wiiw (Juli 2016); Eurostat. Prognosen: wiiw, Europäische Kommission (Mai 2016). Arbeitslosenquote: Labour-Force-Konzept. – ¹⁾ wiiw-Schätzung. – ²⁾ Leistungsbilanz einschließlich Transaktionen innerhalb der Region (Summe der einzelnen Länder). – ³⁾ Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslosigkeit. – ⁴⁾ Einschließlich Krim. – ⁵⁾ Ohne Krim und Teile von Donbas.

3. MOSOEL: Mittelfristiges Trendwachstum bis zu 3%

Im ungewichteten Durchschnitt ergibt sich für 2016 für die EU-Länder in Ostmitteleuropa ein Wachstum von rund 2½%, für die Westbalkanländer und die Türkei von knapp 3% und für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und die Ukraine ein geringfügiger Rückgang von ½% (Übersicht 1). Im Durchschnitt der MOSOEL wird sich das Wachstum von rund 1½% 2015 auf knapp über 2% 2016 auf rund 3% 2018 beschleunigen und damit um 1 bis 1½ Prozentpunkte über dem Durchschnitt des Euro-Raumes liegen. Dies bedeutet eine leichte Aufwärtsrevision der wiiw-Prognose für einige südosteuropäische Länder, deren Dynamik sich zuletzt etwas verbesserte. Abwärts revidiert wurden die Prognosen insbesondere für die baltischen Länder, in denen Auslandsnachfrage und Investitionen schwächer als erwartet ausfielen.

3.1 Privater Konsum wachstumsbestimmend

Der private Konsum entwickelt sich zum wachstumsbestimmenden Faktor. Auslöser sind vielerorts die Anhebung von Mindestlöhnen und Sozialleistungen sowie Reallohnsteigerungen dank nominellem Lohnwachstum und teils noch immer deflationärer Preisentwicklung. Die Lohnsteigerungen werden auch von einer meist günstigen Arbeitsmarktlage beeinflusst. Viele Arbeitnehmer reagierten in der Region auf die weltweite Finanzmarktkrise mit Auswanderung. Wegen der demographisch bedingten Alterung der Bevölkerung entsteht deshalb bei anziehender Konjunktur häufig ein Fachkräftemangel. Umgekehrt sinken die Einkommen der privaten Haushalte in der GUS und der Ukraine infolge des Erdölpreisverfalls, der restriktiven Fiskalpolitik und des Krieges, und die Arbeitslosigkeit steigt. Diese gegenläufige Entwicklung des privaten Konsums spiegelt sich in den Importdaten (Abbildung 2): In den Wachstumsländern der Region steigen die Importe, in den Krisenländern sinken sie (auch abwertungsbedingt) mit zweistelligen Raten.

Übersicht 2: Reales BIP-Wachstum – Prognose und Revisionen

	Prognose			Revision gegenüber der wiw-Prognose vom Frühjahr 2016		
	2016	2017 In %	2018	2016	2017	2018
				Prozentpunkte		
EU-Länder in Ostmitteleuropa						
Bulgarien	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4
Tschechien	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,2
Estland	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,4	- 0,2	- 0,1	- 0,2
Kroatien	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3
Lettland	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,3	- 0,5	- 0,2	- 0,2
Litauen	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,4	- 0,2	- 0,3	- 0,1
Ungarn	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,9	- 0,2	+ 0,2	± 0,0
Polen	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,4	- 0,1	+ 0,1	± 0,0
Rumänien	+ 4,0	+ 3,2	+ 3,5	± 0,0	+ 0,2	± 0,0
Slowenien	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,8	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Slowakei	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,3	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Westbalkanländer						
Albanien	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,3	- 0,3	- 0,2	- 0,3
Bosnien und Herzegowina	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,0	± 0,0	± 0,0	- 0,1
Kosovo	+ 3,3	+ 4,2	+ 4,0	- 0,6	- 0,1	± 0,0
Mazedonien	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Montenegro	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4
Serbien	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5
Türkei						
Türkei	+ 4,1	+ 3,7	+ 3,5	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,5
GUS 3, Ukraine						
Weißrussland	- 2,0	+ 0,5	+ 1,4	+ 0,6	± 0,0	- 0,1
Kasachstan	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,0	- 0,6	- 0,5	- 0,5
Russland	- 0,8	+ 0,8	+ 1,8	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Ukraine	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,4	+ 0,5	± 0,0	- 0,1

Q: wiw-Prognose. GUS 3: Weißrussland, Kasachstan, Russland.

3.2 EU-Länder in Ostmitteleuropa: Konsum statt EU-geförderter Investitionen als Wachstumsträger

Mit dem Auslaufen der Auszahlungsperiode des mittelfristigen Finanzrahmens 2007/2013 der EU Ende 2015 ist in den EU-Ländern in Ostmitteleuropa 2016 mit einer Verlangsamung des Investitionswachstums oder sogar einem Rückgang zu rechnen (Abbildung 3), zumal ein großer Anteil sowohl privater als auch öffentlicher Investitionen von der EU kofinanziert wird. Dieser Rückgang wird jedoch größtenteils durch die Ausweitung des privaten Konsums aufgefangen. Dennoch wird das BIP 2016 etwas schwächer als 2015 wachsen.

3.2.1 Investitionen ohne EU-Anteil steigen vermutlich stark

Zu Beginn des mittelfristigen Finanzrahmens (2007/2009) machten die Bruttotransfers der EU in den EU-Ländern in Ostmitteleuropa rund 10% der Bruttoanlageninvestitionen aus; bis zum Ende der Auszahlungsperiode (2012/2014) verdoppelte sich dieser Prozentsatz fast. Wendet man nun die Relation der späten Periode auf die realen Bruttoanlageninvestitionen des Jahres 2015 an (Daten zu den EU-Transfers für 2015 fehlen noch) und die Anteile der frühen Periode auf die erwarteten realen Bruttoanlageninvestitionen 2016, dann lässt sich das prognostizierte Wachstum der Bruttoanlageninvestitionen mit einer Schätzung des Wachstums ohne EU-Transfers vergleichen (Abbildung 4). Für die meisten EU-Länder in Ostmitteleuropa ist der Unterschied beträchtlich: Einschließlich der EU-Transfers nehmen die Investitionen demnach um nur etwa 1% zu (unter der Annahme eines ähnlichen Auszahlungsverhaltens wie im vergangenen Finanzrahmen), ohne EU-Transfers jedoch um rund 11%. Besonders deutlich divergieren die zwei Kennzahlen für Bulgarien und Ungarn. In beiden Ländern konnte der Anteil der EU-Förderungen an den Investitionen von Beginn des mittelfristigen Finanzrahmens bis zum Ende der Auszahlungsperiode am stärksten gesteigert werden. Das Wachstum könnte daher in den EU-Ländern in Ostmitteleuropa inzwischen robuster geworden sein; die Erholung im Euro-Raum sowie die Ausweitung des privaten Konsums veranlassten den Unternehmenssektor zu einer Steigerung der Investitionen.

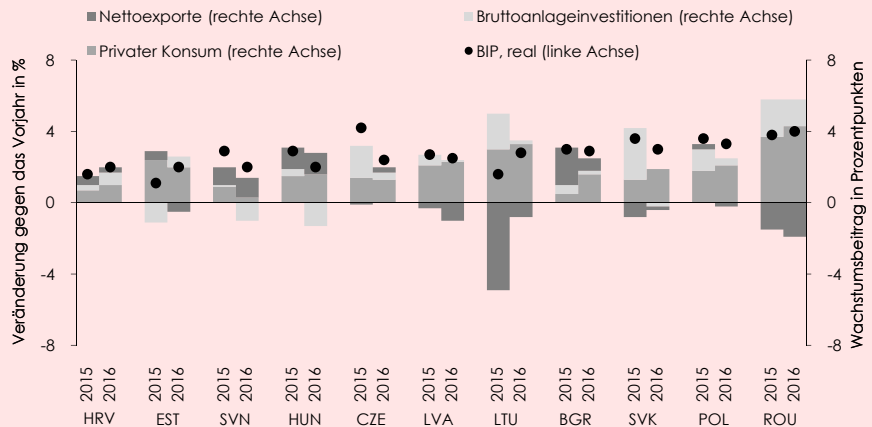
Abbildung 2: Warenimport

Nominell, auf Euro-Basis, gleitender Dreimonatsdurchschnitt, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat.

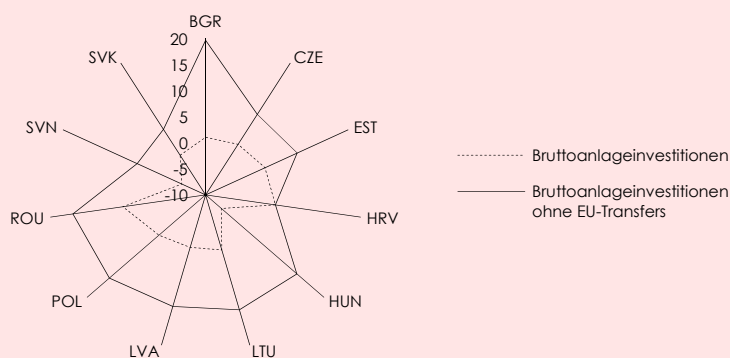
Abbildung 3: BIP-Wachstum und Beitrag einzelner Nachfragekomponenten in den ostmitteleuropäischen EU-Ländern



Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat, wiw-Prognose vom Juni 2016. Reihung nach dem Wirtschaftswachstum 2016.

Abbildung 4: Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen 2016

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, wiw-Prognose vom Juni 2016, wiw-Berechnungen. Investitionen im Zusammenhang mit EU-Transfer: Annahme des Anteils der EU-Transfers an den gesamten Bruttoanlageninvestitionen 2015 wie im Durchschnitt des mittelfristigen Finanzrahmens 2012/2014 und 2016 wie im Durchschnitt des mittelfristigen Finanzrahmens 2007/2009. Kroatien: 2015 und 2016 Durchschnitt des mittelfristigen Finanzrahmens 2012/2014.

4. Westbalkanländer: Differenzierte Wachstumsquellen

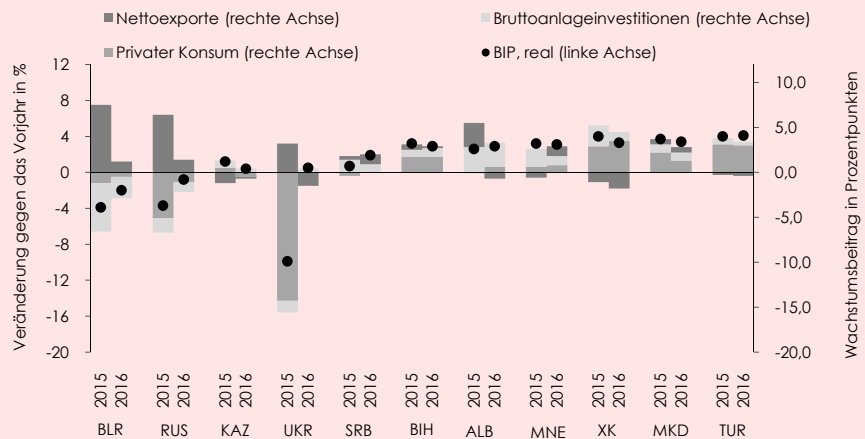
Ähnlich wie in Ostmitteleuropa oder der Türkei ist auch in Mazedonien, im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina der Konsum der privaten Haushalte der weitaus wichtigste Wachstumstreiber (Abbildung 5). Trotz der politischen Turbulenzen der "Bunten Revolution" gegen die derzeitige Regierung steigen in Mazedonien sowohl der private als auch der öffentliche Konsum, die Investitionen und die Exporte. Mit 3,4% wird in diesem Land 2016 das höchste Wirtschaftswachstum der Westbalkanregion erwartet. Ähnlich wie in früheren Jahren ist der private Konsum der wichtigste Wachstumsmotor, überdies verbessert der Anstieg der Löhne im öffentlichen Sektor die Einkommenslage. Auch in Bosnien und Herzegowina ist der private Konsum die wichtigste Wachstumsquelle, ergänzt durch die günstige Entwicklung von Investitionen und Exporten. Diese beiden Faktoren sind in Montenegro wachstumsbestimmend; positive Impulse kommen zudem von einem wichtigen Autobahnprojekt, welches die Küste mit dem Hinterland und der serbischen Grenze verbinden soll, sowie von einer erwarteten guten Tourismussaison. In Albanien tragen fast ausschließlich die großen Investitionen in den Bau der Trans-Adria-Erdgaspipeline die Beschleunigung des Wachstums 2016 auf fast 3%. Für Serbien wird nach Jahren der Rezession und Stagnation ein investitions- und exportbedingter Anstieg des Wachstums auf rund 2% erwartet.

5. GUS und Ukraine: Talsohle erreicht

In den wichtigsten Ländern der GUS und in der Ukraine verflachte der vom Rohölpreisverfall, den Abwertungen und dem Krieg in der Ostukraine ausgelöste Wirtschaftseinbruch bis zur Jahresmitte 2016. Insgesamt werden für 2016 in Weißrussland und Russland lediglich eine milde Rezession und in Kasachstan und der Ukraine eine Stagnation oder sogar ein leichtes Wachstum prognostiziert. In Weißrussland wird die Wirtschaft 2016 noch um 2% schrumpfen, aktuelle Monatsdaten zeigen aber bereits einen Aufwärtstrend, insbesondere in der exportorientierten verarbeitenden Industrie. Reale Abwertungen sorgen für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit; nach einer Stagnationsphase 2017 sollte sich die Wirtschaft 2018 erholen. Auch die russische Wirtschaft scheint sich zu stabilisieren, nachdem sie sich an die niedrigen Rohölpreise und die Sanktionen im Zuge des Ukraine-Konfliktes weitgehend angepasst hat. Eine nachhaltige Wachstumsbeschleunigung hängt aber ursächlich von einer Modernisierung der russischen Ökonomie und nicht zuletzt von der Entwicklung der Rohstoffpreise ab. Ersteres ist aber ohne Investitionen aus dem Ausland eher un-

wahrscheinlich. Ähnliches gilt für die kasachische Volkswirtschaft. In der Ukraine sollte der Verfall der Inlandsnachfrage 2016 bereits zum Stillstand kommen. Nach einem weiteren Einbruch des BIP um rund 10% 2015 kann 2016 mit einem geringfügigen Wachstum von etwa ½% gerechnet werden. Unterstützend wirken Investitionen und öffentlicher Konsum, während die Nettoexporte rückläufig sind, zumal nach dem Inkrafttreten des Abkommens zur "vertieften und umfassenden Freihandelszone" mit der EU am 1. Jänner 2016 Russland das Freihandelsabkommen mit der Ukraine widerrufen und Handelsbarrieren eingeführt hat. Der darauf folgende Einbruch der ukrainischen Exporte nach Russland um fast 40% in den ersten vier Monaten 2016 konnte nicht durch Exporte in die EU kompensiert werden.

Abbildung 5: BIP-Wachstum und Beitrag einzelner Nachfragekomponenten in den Westbalkanländern, der Türkei, der Ukraine und der GUS 3



Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat, wiw-Prognose vom Juni 2016. Reihung nach dem Wirtschaftswachstum 2016. GUS 3: Weißrussland, Kasachstan, Russland, XK . . . Kosovo (Resolution 1244/99 des UNO-Sicherheitsrates).

Abbildung 6: Potentieller Exportbeitrag zum Wirtschaftswachstum in Österreich
Prozentpunkte



Q: IWF-WEO, Eurostat, AMECO, wiw-Datenbanken basierend auf nationalen Statistiken. Potentieller Wachstumsbeitrag der österreichischen Exporte: BIP-Veränderungsrate in den Partnerländern, gewichtet mit dem Anteil der österreichischen Exporte in diese Länder und dem Anteil der Exporte am österreichischen BIP.

6. Österreich: Nachfrage aus den MOSOEL unterstützt die Erholung

Die mäßige, aber anhaltende Erholung im Euro-Raum wie auch in den MOSOEL sollte in den kommenden Jahren die Belebung der österreichischen Volkswirtschaft unterstützen. Das exportgewichtete BIP-Wachstum der MOSOEL trägt derzeit zum Wirtschaftswachstum in Österreich (etwa +1% bis +1,5%) mit rund +0,1 Prozentpunkt etwa gleich viel bei wie jenes der wichtigsten österreichischen Exportpartnerländer Deutschland und USA (Abbildung 6). Aufgrund des positiven Wachstumsdifferentials der MOSOEL gegenüber dem Euro-Raum wird sich der Wachstumsimpuls in den kommenden Jahren weiter verstärken. Wesentlich gebremst wird die Konjunkturerholung in Europa aber durch die mangelnde Politikkoordination in der EU, die eine abgestimmte expansive Fiskalpolitik nicht zulassen und die lockere Geldpolitik der EZB nicht ausreichend unterstützen.